Mediendienst

Stuttgart, 30. Oktober 2024

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Haag: Auto-Krise abwenden – Baden-Württemberg muss jetzt ins Handeln kommen

Land soll Einfluss in Europa geltend machen.

Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut sieht die Zuliefer- und Automobilindustrie in einer existenziellen Krise und fordert mehr marktwirtschaftliche Anreize und Technologieoffenheit statt staatlicher Lenkung durch immer mehr Vorschriften und Verbote. Dazu sagt der Sprecher für individuelle Mobilität der FDP/DVP-Fraktion, **Friedrich Haag**:

„Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut liegt mit ihrer Feststellung, dass es mehr Technologieoffenheit brauche und Vorgaben der EU kritikwürdig seien, zwar richtig. Nach dieser Erkenntnis muss jetzt aber auch Handeln kommen. Der Schlüssel um die völlig überholte CO□-Regulierung und das faktische Verbrenner-Verbot abzuschaffen, liegt zwar bei der EU. Es bringt aber nichts, die Verantwortung nur auf die anderen zu schieben.

Schließlich war es ihre Parteifreundin Ursula von der Leyen, die ein faktisches Verbrenner-Verbot ins politische Schaufenster gestellt hat. Ministerin Hoffmeister-Kraut sollte schnellstens die Koffer packen und ihren Einfluss in Brüssel geltend machen, um ihre Parteifreundin auf die richtige Spur zu setzen - für Wirtschaft, Wohlstand und echten Klimaschutz.

Aktuell droht die grün geführte Landesregierung den Automobilstandort Baden-Württemberg und damit hunderttausende Arbeitsplätze leider sehenden Auges gegen die Wand zu fahren. Beim Klimaschutz hilft nur ganzheitliches Denken. Es braucht daher auf EU-Ebene endlich eine gesicherte Perspektive für E-Fuels – und zwar noch vor der geplanten EU-Revision 2026

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de